

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Polnisch-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Vertreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 89

Sonntag, den 12. Juni 1932

50. Jahrgang

England für Streichung der Reparationen Für völlige Bereinigung der europäischen Konflikte — Die Forderung an die Lausanner Konferenz — Keine Vereinbarung zwischen Paris u. London

London. Im Hinblick auf die zahlreichen Mutmaßungen über die Politik, die England auf der Lausanner Konferenz einschlagen wird, wird von zuständiger englischer Stelle mitgeteilt, daß eine amtliche Erklärung hierüber erst bei Beginn der Lausanner Konferenz erfolgen werde. Die englische Regierung halte an ihrer Forderung der völligen Streichung der Reparationen und Kriegsschulden fest und dieses Ziel werde die Richtlinie für das Verhalten der englischen Abordnung sein. Es werde von den Besprechungen in Paris zwischen Macdonald und Herriot abhängen, ob und in wieweit eine Aenderung der englischen Ziele notwendig werde und welche Formen diese annehmen werden. Im Augenblick sei es verfrüht, Mutmaßungen über die englische Politik anzustellen, die über die amtliche Erklärung hinausgehen. Auch der Gedanke einer gemeinsamen europäischen Front gegenüber Amerika liege, wie vielleicht aus verhandlungsfaktischen Gründen angedeutet wird, nicht im Rahmen der jetzigen Absichten der englischen Regierung.

Keine englisch-französische Voreinigung

London. Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt zu den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Herriot und Macdonald, daß sich die französische und die englische Regierung seit den französischen Wahlen in drei Angelegenheiten bedeutend genähert hätten: Abrüstung, Reparationen und Wiederaufbau Mitteleuropas. Das bedeute aber noch nicht, daß durch die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten eine „gemeinsame Front“ geschaffen und eine der Lausanner Konferenz vortreffende Entscheidung herbeigeführt werden würde.

Die „Daily Mail“ glaubt, daß sich die Pariser Besprechungen auch auf die Abrüstungsfrage erstrecken werden. Macdonald werde mit Herriot einen Plan erörtern, den er in Genf vorlegen wolle, falls die Abrüstungskonferenz scheitern sollte. Der Vorschlag laufe auf einen allgemeinen Rüstungsfeiertag von 10, 12 oder 15 Jahren hinaus.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ gibt eine Vorschau über den mutmaßlichen Verlauf der Lausanner Konferenz. Er meint, daß Frankreich zum Schluß der Lausanner Verhandlungen sich möglicherweise doch noch überreden lassen werde, der Streichung der Tribute zuzustimmen, jedoch unter folgenden zwei Bedingungen:

1. daß Amerika gleichzeitig der Streichung der Kriegsschulden zustimmt,
2. daß England sich damit einverstanden erklärt, gemeinsam mit Frankreich, Italien, Belgien und den anderen beteiligten Mächten der amerikanischen Regierung von dem Unermöglichen all dieser Länder zur Zahlung der Kriegsschulden Mitteilung zu machen, da sie selbst keine Tribute mehr erhalten. Der Korrespondent hält es nicht für ausgeschlossen, daß die endgültige Entscheidung erst nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen fallen werde.

Süddeutschland an das Reich

Die Ministerpräsidenten bei Hindenburg — Für Klärung der politischen Spannung

Karlsruhe. Wie eine dem badischen Zentrum nahe stehende Persönlichkeit zu der Konferenz der süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten in Berlin und ihrem Schritt beim Reichspräsidenten mitteilt, werden die Staats- und Ministerpräsidenten dem Reichspräsidenten nicht nur ihre Stellungnahme zu allgemeinen Fragen ihres Verhältnisses zwischen Reich und Ländern darlegen, sondern sie werden sich vor allem und mit Entschiedenheit gegen die Absicht der Einsetzung von Reichskommissaren in den Ländern wenden. Dies sei nach süddeutscher Ansicht verfassungswidrig. Weiter soll auch der Reichspräsident über die süddeutsche Auffassung bezüglich aller aufgelauchten Bestrebungen einer künstlichen Inflation unterrichtet werden. Ferner verlangen die süddeutschen Staaten Klarheit über die Gründe und Hintergründe des Regierungswechsels im Reich.

Der Schritt der süddeutschen Länder richtet sich nicht, wie vertehert wird, gegen das Reich als solches, sondern soll im Gegenteil im Interesse der Gesamtheit des Reiches und eines gedeihlichen verfassungsmäßigen Zusammenarbeitens zwischen ihm und seinen Gliedern untereinander dienen.

Preussischer Landtag am 15. Juni

Berlin. Der Aeltestenrat des Preussischen Landtages beschloß am Freitag abend, den Preussischen Landtag am Mittwoch, den 15. Juni, zusammentreten zu lassen. Auf die



Mecklenburg-Schwerins neuer Ministerpräsident?

Gutsbehalter Granzow-Severin wird als neuer Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin von den Nationalsozialisten vorgeschlagen, die über genau die Hälfte der Stige des neuen Landtages verfügen. Granzow-Severin ist ein Schwager von Dr. Goebbels.

Internationaler Gewerkschaftsbund gegen Reparationen

Berlin. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat, wie der „Vorwärts“ meldet, zu seiner regelmäßigen Sitzung zusammen. Als erster Punkt der Beratungen wurde die Reparationsfrage einer eingehenden Besprechung unterzogen. Der Vorstand sei sich vollkommen einig über die Notwendigkeit gewesen, die Frage der Reparationen endlich aus der Welt zu schaffen,

mit dem Ziel der politischen Befriedung Europas, und damit auch der Beseitigung einer der Ursachen der Wirtschaftskrise. Der Vorstand sei sich auch einig darüber gewesen, daß mit der Lösung der Reparationsfrage ein entscheidender Schritt getan würde, um die politischen Spannungen und die Unsicherheiten zu überwinden,

die heute in Europa vorherrschen. Der Vorstand beauftragte das Sekretariat in diesem Sinne eine Entschickung auszuarbeiten. Weiter beauftragte der Vorstand das Sekretariat mit der Vorbereitung gewisser Arbeiten im Hinblick auf die Lösung der Weltwirtschaftskrise. Der Vorstand wandte sich dann der Beratung des sozialpolitischen Programms zu.

Tagesordnung werden gefehlt die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung und der nationalsozialistische Amnestiegesetzentwurf. Ein deutschnationaler Antrag, auch die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung zu setzen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zentrums abgelehnt. Der Landtag wird zunächst nur am 15. und 16. Juni tagen.

Verhandlungen in den Mittelparteien

Berlin. Wie die „MZ“ zu wissen glaubt, wird mit einer Erklärung der verschiedenen Sammlungsbemühungen in der bürgerlichen Mitte, die in den letzten Tagen ein beschleunigtes Tempo angenommen hätten, für Anfang der nächsten Woche gerechnet. In verschiedenen Wahlkreisen seien Abmachungen so gut wie abgeschlossen, wonach Teile der Staatspartei, Teile der Deutschen Volkspartei und andere bürgerliche Kreise sich zu gemeinsamen Kandidaturen zusammenschließen. In anderen Wahlkreisen würden diese Gemeinschaftslisten vermutlich in der Form auftreten, daß die stärkste der beteiligten Gruppen den übrigen Plätze auf ihrer Liste einräumen, wogegen die anderen Parteien zur Unterstützung der führenden Gruppe aufforderten.

Was die Woche brachte

Die Selbstverwaltungen scheinen im Augenblick das Sorgenkind der Regierung zu sein. Ihre ungeheure Verschuldung, die nach der Berechnung maßgebender Faktoren eine Milliarde Zloty übersteigt, erweckt ernste Befürchtungen vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit. Die Verpflichtungen bestehen zum weitaus überwiegenden Teil aus langfristigen Schulden, den Rest bilden kurzfristige Anleihen, die die Höhe von 300 Millionen Zloty erreichen. Nimmt man den jährlichen Schuldendienst mit 100 Millionen an, so müßte in diesem Jahre, wenn den Verpflichtungen Genüge geschehen sollte, die erhebliche Summe von 400 Millionen aufgebracht werden, um die kurzfristigen Anleihen zu bezahlen und dem Schuldendienst der langfristigen gerecht zu werden. Da der Haushalt der Selbstverwaltungen im laufenden Jahr auf 600 Millionen gesenkt wurde, müßten 67 Prozent davon für die Zahlung der Schulden gewidmet sein, was die Grenzen des Möglichen überschreitet. Man sucht daher nach einem Ausweg, der, wie das gewöhnlich der Fall ist, in neuen Steuern gefunden werden wird. Man spricht bereits von einer progressiven Kommunalsteuer mit ziemlich hohen Sätzen. Da die Regierung bis zur Stunde nichts getan hat, um die Gerüchte zu dementieren, muß man annehmen, daß sie einen realen Untergrund haben.

Einen beruhigenderen Eindruck macht der Rechnungsabluß des Staatshaushalts für den Monat Mai, der, im Gegensatz zu den Erwartungen, besser ausgefallen ist als im Monat vorher. Der Fehlbetrag erreicht allerdings noch die Höhe von 14,6 Millionen, er ist aber kleiner als im April und läßt die Hoffnung zu, daß das Defizit des Jahres nicht die gefürchtete Summe ergeben wird, wie sie vor einigen Wochen noch vorausgesetzt wurde.

Auf dem Gebiet der Politik hat es Aufsehen erregt, daß Marschall Bilsudski den Berliner Gesandten empfangen hat. Die Unterredung über die offiziell nichts bekannt gegeben wurde, hat zu den verschiedensten Erklärungen Anlaß gegeben. Man brachte sie auch mit den Behauptungen der französischen Zeitung „La Republique“ in Zusammenhang, wonach Polen eine Wendung in der Politik gegen Deutschland vollziehe, mit dem es einen Vertrag schließen wolle. Nach diesen Behauptungen soll auch eine deutsche Militärmision an Stelle der französischen nach Warschau kommen. Alle diese Gerüchte verraten lediglich eine blühende Phantasie und sind bestenfalls als Scherz aufzufassen. Der Empfang des Gesandten ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß sich der Marschall über die Verhältnisse in Deutschland informieren wollte, die ja gerade gegenwärtig auch Polen nicht gleichgültig sein können.

Bezeichnend für unser Verhältnis zu Litauen ist die Verfügung der Regierung in Kowno, die die aus Polen stammenden Zeitungen mit Zoll belegt. Bis jetzt war es schon so, daß jeder litauische Bürger, der eine polnische Zeitung beziehen wollte, sich erst um eine Erlaubnis der Kriminalpolizei in Kowno bewerben mußte, wobei Schwierigkeiten aller Art zu überwinden waren. Aus diesem Grunde wird die polnische Presse in Litauen sehr schwach gelesen. Zur Beförderung des polizeilichen Erlaubnisscheins und der Gefahr auf die schwarze Liste zu kommen, gestellt sich nun noch der Zoll.

In raschem Tempo entwickeln sich die Verhältnisse im Deutschen Reich. Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts hat vielfach verstimmt wegen der Vorwürfe, die gegen die Politik der Vorgänger erhoben wurden. Dr. Brüning trat selbst auf den Plan, um seine Arbeit und seine Richtung zu verteidigen. Ihm zur Seite steht das Zentrum, das ihm erst vor drei Tagen wieder in einer Sitzung des Reichsparteivorstandes das Vertrauen aussprach. Hinter der neuen Regierung stehen die Nationalsozialisten, die die Vorwürfe gegen das zurückgetretene Kabinett mit ebensolcher Zufriedenheit aufnahmen wie die Auflösung des Reichstags und die Ausschreibung der Neuwahlen. Gerade in bezug auf die Wahltagstation winkt ihnen nun ein neuer Erfolg durch die bevorstehende Freigabe des Radios, das für alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, freigegeben werden soll. Der Hauptkampf geht augenblicklich scheinbar um Preußen, in dem das „System“ befeitigt werden soll. Darauf ist die Bemühung des Kanzlers zurückzuführen, daß in der nächsten Sitzung des Landtages die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten vorgenommen wird. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge ist nicht damit zu rechnen, daß es zu einer Einigung der Landtagsparteien kommt. So bliebe denn nichts weiter übrig als die Ernennung eines Reichskommissars, der die Verwaltung Preußens zu übernehmen hätte. Daß Reichskanzler von Wapen solche Gedanken hegte, ist sehr nahe liegend, doch scheinen ihn die Widerstände, die auftauchten, davon abzuhalten. Die süddeutschen Staaten sind kaum geneigt, die Einsetzung eines solchen Reichskommissars als lediglich preussische Angelegenheit aufzufassen. Es wäre damit ein Konfliktstoff mehr vorhanden, der die ohnehin gespannte Atmosphäre zum Entladen hätte bringen können. Meldet sich doch der Süden insofern schon als die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden um einen Empfang beim Reichspräsidenten angefleht, der wahrscheinlich

